



Frau Präsidentin
des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

ZI. LE.4.2.4/0060-RD 3/2017

Wien, am 21. März 2017

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Walter Rauch, Kolleginnen und Kollegen vom 03.03.2017, Nr. 12234/J, betreffend Taxifreifahrten für Mitarbeiter der Regierungsbüros im Jahr 2016

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Walter Rauch, Kolleginnen und Kollegen vom 03.03.2017, Nr. 12234/J, teile ich Folgendes mit:

Zu den Fragen 1 bis 5:

Die Bundesbeschaffung GmbH hat gem. BB-GmbH-Gesetz mit Beförderungsunternehmen Rahmenvereinbarungen abgeschlossen. Das BMLFUW hat entsprechend dem Rahmenvertrag eine Vereinbarung mit einem Beförderungsunternehmen betreffend Ausstellung von Taxikarten und die bargeldlose Zahlung getroffen. Auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage des Bundesministers für Finanzen, Nr. 12239/J, wird verwiesen.

Zu den Fragen 6 bis 9 und 18:

Für das Jahr 2016 standen den Bediensteten des Ministerbüros und den Leitern der Sektionen 20 personenbezogene Taxikarten für dienstliche Fahrten zur Verfügung. Die Erhebung der Einzelfahrten würde einen zu großen Verwaltungsaufwand verursachen, da die Karten überwiegend nicht einzelnen Personen, sondern Organisationseinheiten zugewiesen sind. Die Fahrten wurden nach dienstlichen Erfordernissen in Anspruch genommen.



Schon bisher durften Taxis nur dann in Anspruch genommen werden, wenn dies dienstlich erforderlich war und keine anderen adäquaten Möglichkeiten zur Verfügung standen. Dies gilt auch zukünftig.

Zu den Fragen 10 bis 15:

Die Kontrolle erfolgt durch den jeweiligen Vorgesetzten. Allfällige Konsequenzen sind disziplinar, dienst-, arbeits- bzw. zivilrechtlicher Art. Die private Nutzung von Taxikarten würde eine Verletzung der Dienstpflicht darstellen.

Es sind keine Fälle bekannt, wo Taxifahrten für private Zwecke genutzt oder missbraucht wurden.

Zu den Fragen 16 und 17:

Die Gesamtkosten für Taxifahrten im Jahr 2016 betragen € 9.118,70, hievon wurden für Taxikarten € 6.013,80,- aufgewendet. Eine detaillierte Auflistung würde einen unzumutbaren ökonomischen Mehraufwand erfordern.

Der Bundesminister

